

17.27

**Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete des Hohen Hauses! Ich glaube, mit diesem Ausgliederungsverfahren des Gedenkortes Mauthausen ist ein ganz wesentlicher Schritt gegangen worden. Ich darf mich vorab schon herzlich für die intensive Diskussion bedanken. Sie zeigt auf der einen Seite die internationale Verantwortung, die wir übernommen haben, indem wir mit dieser Bundesanstalt diesen Ort in ganz besonderer Art und Weise in die Reihe der großen Gedenkortes auch Deutschlands und Polens einreihen.

In der Diskussion um den Namen – Sie können ein Für und Wider einbringen – haben wir uns bemüht, einen Kompromiss zu finden. Ich glaube, mit der letzten Endes in Anlage 1 aufgezählten Reihe aller bisher erwiesenen Außenlager ist ein Kompromiss gelungen, den auch andere, die mit der Hinzufügung eines Namens nicht einverstanden waren, mittragen.

Es wurde auch immer wieder die Frage gestellt: Warum geht man keine Stiftung ein? – In Deutschland, meine Damen und Herren, hat man Stiftungen eingerichtet, wo man permanent nachstiften muss. Letzten Endes können Stiftungen kein wirkliches Fundament geben, um den Stiftungszweck nachhaltig, auch in der Frage der parlamentarischen Kontrolle, zu erhalten. Mit der Stiftung gibt die Republik die Verantwortung quasi vollkommen aus der Hand. Die Bundesanstalt ist, glaube ich, ein bewährtes Modell in Österreich. Viele unserer Organisationen sind als Bundesanstalt ausgegliedert worden und haben sich auf dem Markt hervorragend bewährt, haben sich auch hervorragend darin bewährt, sich international zu vernetzen.

Die Gedenkstätte hat sich bis heute ganz wesentlich gewandelt, und zwar aus der Situation heraus. Im Jahr 1947 aus der russischen Verwaltung in die Öffentlichkeit der Republik gelangt, hat sich gezeigt, dass man bislang schon wesentliche Teile des ehemaligen Vernichtungs- und Konzentrationslagers Mauthausen vernichtet hat. Es ist somit kein historisches Denkmal, sondern ein Gedenkort der besonderen Art, wo man sehr bald daran gegangen ist, auch Vermittlungsarbeit zu betreiben, die am Anfang von den Überlebenden und von der nächsten Generation wahrgenommen wurde.

Heute leistet diese Vermittlungsarbeit ein breites Team an Vermittlern in den unterschiedlichsten Formen, und ich denke, dass nicht nur die Vermittlung, sondern auch die Forschungsarbeit – vor allem wenn wir uns an die Worte des erst kürzlich verstorbenen Elie Wiesel erinnern: dass, wenn wir die Erinnerung an die Toten dieses Massenmordes und des Verbrechen der Nazizeit auslöschen, wir sie ein zweites Mal

ermorden – eine Verpflichtung darstellen, dass die Forschungsarbeit gerade heute eine ganz wesentliche geworden ist. Wir dürfen – und da bitte ich noch einmal alle, ihr Stimmverhalten zu überdenken – darauf stolz sein, was die Wissenschaftler, die Vermittler und schlussendlich auch die Geschäftsführung dort leisten. Und durch die gesicherte Dotierung hat man, glaube ich, gezeigt, dass man die finanzielle Verantwortung auch für die Zukunft sehr, sehr ernst nimmt.

Betrachten Sie die lange Geschichte dieses Gedenkortes! Es hat sich gezeigt, dass gerade in den letzten Jahren mit dem Besucherzentrum und vor allem mit dem Raum der Namen nicht nur der Opfer gedacht wurde, sondern dass dadurch auch ganz deutlich zum Ausdruck kommt, dass es um ein individuelles, sehr persönliches Mahnen und Gedenken geht, das dort wahrgenommen werden kann.

Über die einzelnen unterschiedlichen Interpretationen mag man auch unterschiedlicher Meinung sein, aber hier geht es um ein größeres Ganzes der Republik. Es geht um ein größeres Ganzes, das in unserer gemeinsamen Verantwortung liegt. Die einzelnen doch eher unterschiedlich bewerteten – ich will es nicht anders benennen –, unterschiedlichen Zugänge werden nicht wirklich eine einstimmige Beschlussfassung des Nationalrates möglich machen. Dass das jetzt aber auch keine Endstation sein soll, sondern einer Weiterentwicklung bedarf, das haben meine Vorredner schon zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, wenn es eine lebendige Weiterentwicklung geben soll, dann bietet gerade diese Bundesanstalt – vergleichen Sie sie mit den anderen Bundesanstalten – eine Möglichkeit, diese Weiterentwicklung positiv zu begleiten.

Ich ersuche Sie noch einmal um eben diese große Gemeinsamkeit in dieser großen Verantwortung, die wir gerade auch unserer heutigen Generation gegenüber in besonderem Maße haben, wenn es darum geht, extremistischen Tendenzen demokratisch eindeutig entgegenzutreten. Ich ersuche Sie, dieser Verpflichtung nachzukommen.

In diesem Sinne freue ich mich über die Diskussion und ersuche noch einmal um die Annahme dieser Vorlage. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

17.33

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nun gelangt Herr Abgeordneter Prinz zu Wort. – Bitte.